

Rußlands weiche Grenzen. (II): Der Grenzraum und die Binnengrenzen der Föderation

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1997). *Rußlands weiche Grenzen. (II): Der Grenzraum und die Binnengrenzen der Föderation.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 14/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46845>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rußlands weiche Grenzen

Teil II: Der Grenzraum und die Binnengrenzen der Föderation

Zusammenfassung

Neben den Fragen der Außengrenze Rußlands, der Staatsgrenze der Rußländischen Föderation nach 1991, und den grenzpolitischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten des "fernen" und des "nahen Auslands" hat die neue russische Grenzpolitik eine ausgeprägte "Innenseite", die sich mit akuten Problemen der grenznahen Regionen und Föderationssubjekte zu beschäftigen hat. Bei der Ausarbeitung der "Grundlagen der Grenzschutzpolitik" im Herbst 1996 trat der Begriff des "Grenzraums" (*pograničnoe prostranstvo*) in den Vordergrund. Er bezeichnet diese "Innenseite" und umfaßt Probleme der Wirtschaftsentwicklung in Grenznähe, der Folgen von Grenzmarkierung, -sicherung oder -schließung für die Grenzbevölkerung, mit der militärischen, sozialen und ökologischen Sicherheit von Randgebieten Rußlands. Dabei exemplifiziert keine andere Region die Probleme des "Grenzraums" deutlicher als die nordkaukasische. Nicht unter die Zuständigkeit des Föderalen Dienstes für Grenzschutz und unter die Konzeption der neuen "Grenzpolitik" fallen die Binnengrenzen zwischen den Föderationssubjekten. Sie werden aber teilweise durch territoriale Revisionsbestrebungen in Frage gestellt und bilden ein zumindest potentielles Problem für die föderalen Ressorts, die mit Regionalfragen befaßt sind.

Grenzregionen der RF und ihre Probleme

43 von 89 Föderationssubjekten Rußlands sind Grenz- oder Küstenregionen, 25 grenzen an GUS-Staaten. Etwa 50 Ethnien haben Siedlungsräume, die von der Staatsgrenze Rußlands durchschnitten werden.¹ 1996 wurde ein Gesetz "Über den ökonomischen und juristischen Status von Grenzterritorien der RF" diskutiert.² Es wurde durch "neuartige Probleme hervorgerufen, die in den Beziehungen zwischen dem föderalen Zentrum, den Föderationssubjekten und ihren grenznahen Gemeinden aufgetaucht sind". Dazu gehören noch ungeklärte Fragen an Abschnitten der russischen Außengrenzen, wirtschaftlicher Niedergang durch die Unterbrechung ökonomischer Verbindungen und die Abriegelung bestimmter Grenzabschnitte, sinkender Lebensstandard der Bevölkerung in Grenzregionen, erhöhte Arbeitslosigkeit u.a.

¹ Angaben General Nikolajews, des Leiters des Föderalen Dienstes für Grenzschutz (FPS), in NG 12.9.1996, S. 1; siehe auch NG, 8.8.1996, S. 3.

² Vgl. NG, 8.8.1996, S. 3.

Zur Förderung betroffener Grenzregionen sollen unter anderem die Einrichtung von *Wirtschaftssonderzonen* und die Gewährung der Meistbegünstigungsregelung bei Import-Export-Geschäften beitragen. Auch sollen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen zu den Nachbarstaaten belebt und auf diese Weise die sozialökonomische Entwicklung in den Grenzregionen stabilisiert werden. Die stärksten Fürsprecher für eine solche grenzpolitische Strategie waren die Republik Karelien, die Stadt Sankt Petersburg und die Gebiete (*oblasti*) Leningrad und Pskow. Besonders das Gebiet Pskow, das mit seinen Landkreisen Pytalowo und Petschersk in die Gebietsstreitigkeiten Rußlands mit Estland und Lettland involviert ist und an einem 789 km langen Abschnitt der Außengrenzen Rußlands liegt, trat mit grenzpolitischen Aktivitäten hervor und wurde zum Initiator des Gesetzesprojekts über den ökonomischen und juristischen Status von Grenzregionen.³

Am bekanntesten wurden wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen im Fall der nordkaukasischen Republik Inguschien, die zu den ärmsten Föderationssubjekten zählt, deren Grenzen noch nicht demarkiert sind und die durch den ossetisch-inguschischen Konflikt im Nachbarland Nordossetien und durch den Krieg im Nachbarland Tschetschenien in besonderer Weise in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ein Drittel ihrer Bevölkerung (Gesamtbevölkerungszahl ca. 500.000) sind Flüchtlinge. Die Inguschen, die sich im Unterschied zu ihren engsten Verwandten, den Tschetschenen, zur RF zugehörig erklärten, sahen sich als ein Objekt russischer Schaukelpolitik und eines fragwürdigen Konfliktmanagements im Kaukasus. 1994 machte Moskau ihnen aber ein ökonomisches Zugeständnis: Es richtete ihre kleine Republik als eine steuerfreie Wirtschaftszone (*off-šornaja zona*) ein. Nach inguschischen Angaben wurden danach rd. 5.000 Unternehmen gegründet, zumeist Briefkastenfirmen. Was ein Milliardenverlust für das Bundesbudget ist, kommt der Republik zumindest teilweise zugute. Pro Unternehmensgründung fließen ihrem Fiskus angeblich 4.000 US-\$ zu. Die Unternehmen verpflichten sich auch zur Unterstützung von Projekten zum Ausbau der lokalen Infrastruktur. Angeblich 60% solcher Projekte sollen durch die Unterstützung der Unternehmen ermöglicht worden sein. Inguschien führt keine Abgaben an den Bundeshaushalt ab. Es ist allerdings nicht sicher, ob dieser Sonderstatus 1997 von Moskau verlängert wird. Es gibt starke Gegner solcher Regelungen in der russischen Finanzpolitik.⁴

Nordkaukasien als besonders problematischer "Grenzraum"

Das gerade angeführte Beispiel Inguschiens steht für die Grenzprobleme im Nordkaukasus. An seiner polyethnischen kaukasischen Süderperipherie mit ihren sieben nationalen Föderationsrepubliken und den beiden Regionen (*kraja*) Stawropol und Krasnodar ist Rußland mit verworrenen Grenzverhältnissen und bizarren ethnoterritorialen Strukturen konfrontiert. Moskaus plumpe Kriegsführung in Tschetschenien und der Versuch, die Grenzen zu der abtrünnigen Republik abzuriegeln, haben diese Probleme sichtbar werden lassen und sie verschärft. Informationen über Entwicklungen im Nordkaukasus in den russischen Medien reflektieren einerseits objektive Schwierigkeiten und die Instabilität einer Region, die als "Rußlands Achillesferse" bezeichnet wurde, andererseits aber auch tiefsitzende traditionelle Ressentiments gegen "Personen kaukasischer Nationalität".

Die nordkaukasische Grenzregion wird zum einen generell durch die Instabilität Tschetscheniens bedroht. Die entscheidende Frage lautet hier: Werden die neuen, durch die Wahlen vom 27. Januar legitimierten Machtorgane unter dem Präsidenten Maschadow ein Mindestmaß an Stabilität schaffen und radikale Kräfte unter den Feldkommandanten in den friedlichen Wiederaufbau des von der russischen Armee zerstörten Landes einbinden können? Als ein wichtiges Anzeichen für solche Einbindung könnte die kürzlich erfolgte Ernennung Schamil Bassajews zum ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der "Tschetschenischen Republik Itschkerija" gewertet werden. Ein anderer radikaler Gefolgsmann Dudajews, Salman Radujew, hat sich allerdings gegen die neuen

³ Ebenda.

⁴ Vgl. Artikel zu Inguschien in FAZ, 1.4.1997.

Machtorgane gestellt und jeglichem Verhandlungsprozeß mit Rußland eine Absage erteilt. Er hat gedroht, den ersten Todestag von Dudajew, den 21. April, durch Terroraktionen in russischen Städten begehen zu wollen. Er steht damit freilich in einem Widerspruch zur tschetschenischen Bevölkerungsmehrheit, die bei der Präsidentenwahl am 27. Januar für den friedlichen Wiederaufbau gestimmt hat. Auch bei relativer Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse in Tschetschenien würde die Umgebung der abtrünnigen Republik instabil bleiben. So blüht im Grenzgebiet zu Tschetschenien nach wie vor der Waffenhandel.

Zum anderen bestehen konkrete Probleme der Grenzziehung und Grenzsicherung und mannigfache Potentiale für ethnoterritoriale Konflikte entlang der rußländisch-tschetschenischen Grenze. In der "Izvestija" vom 7. März 1997 erschien ein Artikel unter der Überschrift "Wie soll die Grenze zu Tschetschenien aufgebaut werden?" Im Mittelpunkt des Artikels stehen grenznahe Bezirke der Region Stawropol. Diese würden weniger durch Terroristen wie Radujew beunruhigt, als durch Kleinkriminalität geplagt, die im Grenzgebiet endemisch geworden sei, besonders in Form von Viehdiebstahl. Da wurden Selbstschutzparolen laut, die vor allem von Kosakenverbänden aufgegriffen werden. Innenminister Kulikow forderte mehrfach die Befestigung der "administrativen Grenze" zu Tschetschenien. Rußlands Problem besteht aber darin, diese Grenze befestigen zu müssen, ohne den Eindruck aufkommen zu lassen, sie als Staats- und Außengrenze zu behandeln und damit die Sezession Tschetscheniens anzuerkennen. Bislang sind Grenz- und Zollposten nur provisorisch eingerichtet. Am 115 km langen Grenzabschnitt zwischen Stawropol und Tschetschenien bestehen bislang sieben Grenzposten. Den Grenzschutz versahen dabei überwiegend Milizionäre der Stawropoler Region und nicht Einheiten des FPS. Hinter ihrem Rücken hat man allerdings drei Bataillone der inneren Streitkräfte postiert. Die Grenze ist hier im Tiefland völlig durchlässig, die Grenzposten sind auf 150 Wegen umgehbar. Kurz vor dem 220. Jahrestag der Gründung Stawropols beklagte der Bürgermeister der Stadt in einem Interview die wohl noch lange anhaltenden Probleme, die aus dem Tschetschenienkrieg, "dem schrecklichsten Fehler russischer Politik", für die nordkaukasischen Grenzregionen resultierten.⁵ In den letzten fünf Jahren wurden in Stawropol einige Streitkräfteeinheiten stationiert, so die 101. Brigade der Truppen des Innenministeriums, die als Grenzschutz fungieren sollte. Stawropol, dereinst als Grenzfeste gegen die Bergvölker gegründet, liegt heute aber 180 km von der Grenze entfernt. Die betreffende Abteilung bestand zudem überwiegend aus "*kontraktniki*", aus un ausgebildeten Vertragssoldaten, die für die schwierige Aufgabe der Grenzsicherung nicht qualifiziert waren. Die Brigade habe sich geweigert, sich an der Grenze stationieren zu lassen, und die Stadt als ihren Standort bevorzugt. Die hatte nun 5.000 Soldaten zusätzlich zu versorgen. Der Bürgermeister fordert von Moskau, klar zu bestimmen, was denn eigentlich die Grenze zu Tschetschenien sei. Sodann müßten Einheiten des FPS und keine anderen militärischen oder paramilitärischen Kräfte die Grenzsicherung übernehmen. Die Stadt und die Region Stawropol dürften nicht "ad infinitum Geiseln einer amorphen politischen Situation bleiben".

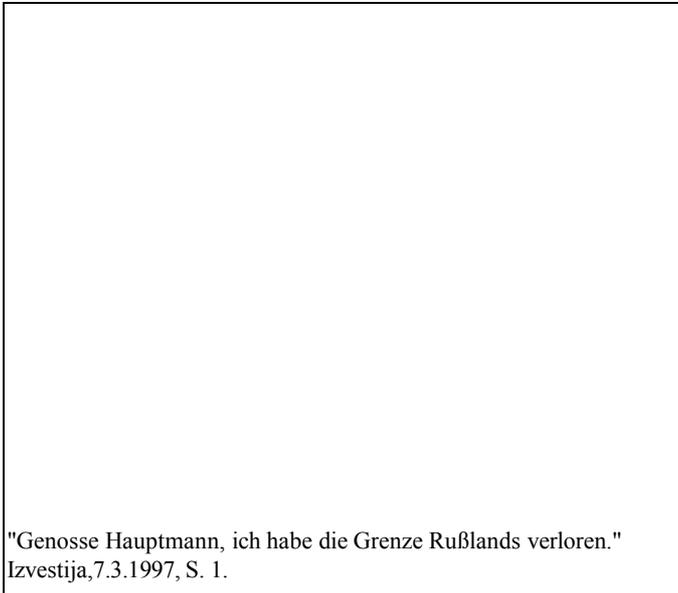
Der längste Abschnitt der rußländisch-tschetschenischen Grenze betrifft die Föderationsrepublik Dagestan, die durch den Krieg in Tschetschenien – durch Grenzabriegelung, durch Flüchtlinge und durch gelegentliches Überschwappen der Kämpfe auf ihr Territorium – am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Seit 1994 erlebte die Republik eine Blockade. Alle wichtigen Kommunikationsstränge wurden durch den Tschetschenienkrieg unterbrochen. Die Südgrenze Dagestans, die mit der Staatsgrenze Rußlands zu Aserbaidschan zusammenfällt, wurde von russischen Truppen überwacht, um Waffenlieferungen für Tschetschenien aus Aserbaidschan zu unterbinden. Dadurch wurde das Problem einer Volksgruppe, deren Siedlungsgebiet durch die Grenze zerschnitten wird, erheblich verschärft. Seit längerer Zeit besteht eine lesginische Nationalbewegung, die sich in ihrem Bestreben nach einem vereinigten "Lesgistan" durch solche Grenzpolitik provoziert sah. Die in Dagestan lebenden Lesginen (Lesgier)⁶ wurden von ihren Landsleuten in Aserbaidschan und von

⁵ Rossijskaja gazeta, 12.3.1997, S. 2.

⁶ Mehr als 200.000 Lesginen oder Lesgier machen 11% der Bevölkerung Dagestans aus; etwa 175.000 ihrer Landsleute siedeln auf aserbaidchanischem Territorium.

Weidegründen jenseits der Grenze abgeschnitten. Dagestan wurde infolge des Kriegs in Tschetschenien mit gewaltigen Flüchtlingsproblemen belastet, erlebt seit längerem eine erhebliche Zunahme der Kriminalität und erleidet neuerdings Cholera-Epidemien. Dazu kommen schwere Reformversäumnisse der Republikregierung, die zu den konservativsten in Rußland zählt. 56% der Industrie und 88% der Landwirtschaft sind noch im Staatsbesitz. Wirtschaftsliberalisierung ist hier wegen gravierender Entwicklungsgefälle zwischen den Bergregionen und dem Flachland sowie der enormen ethnischen Differenziertheit der Bevölkerung allerdings auch riskant. Die völlig unterentwickelten Bergregionen bedürfen staatlicher Subvention. Dagestans Bevölkerung von 2,1 Mio. hat angeblich seit Jahren keine finanzielle Hilfe vom Zentrum mehr erhalten, wobei die Republik zu den am stärksten subventionsabhängigen Föderationssubjekten Rußlands gehört.⁷

Zudem ist die Abgrenzung zur tschetschenischen Republik problematisch. Bestrebungen einiger tschetschenischer Nationalisten nach einer unabhängigen nordkaukasischen "Bergrepublik" richteten sich teilweise auf Gebiete im Westen Dagestans, die von Tschetschenen (sog. Akkinern) besiedelt sind. Eine Konferenz politischer Organisationen Dagestans forderte im Februar 1997 Selbstschutzeinheiten für die Grenzsicherung.



"Genosse Hauptmann, ich habe die Grenze Rußlands verloren."
Izvestija, 7.3.1997, S. 1.

Kosaken als Grenzschrützer?

Aufrufe zum Selbstschutz in Grenzgebieten sind aber als Kapitulation der Staatsgewalt Rußlands aufzufassen. Die prominenteste Stimme in diesem Zusammenhang gehört ausgerechnet dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrats, Boris Beresowskij, der Verständnis für solchen Selbstschutz äußerte,⁸ während Innenminister Kulikow die strikte Gegenposition einnahm. Allerdings warnte auch Beresowskij davor, die Kosaken, die am stärksten die Militarisierung der Grenzregion zu Tschetschenien fordern, zu einer Karte im "kaukasischen Spiel" zu machen.

Dies ist längst geschehen. An den alten Kolonisationsgrenzen Rußlands im Nordkaukasus und in Süd- und Ostsibirien hat sich eine kulturelle und institutionelle "Wiedergeburt des Kosakentums" vollzogen. Schon vor dem Tschetschenienkrieg wurde über die militärische Restitution nordkaukasischer Kosakenverbände gestritten. Im Präsidentschaftswahlkampf 1996 wandte sich Jelzin an die etwa 300.000 Kosaken im Nordkaukasus, nannte sie "den südlichen Vorposten für den Schutz der nationalen Interessen Rußlands" und wollte sie in die Streitkräfte integrieren. Kosaken

⁷ Vgl. Angaben Lew Rochlins im Verteidigungskomitee der Duma zur brisanten Situation in Dagestan: NG, 12.10.1996.

⁸ Siehe Interview mit Beresowskij in NG, 18.1.1997, S. 2.

kämpften in Tschetschenien und machten ihre Sache laut Auskunft des russischen Verteidigungsministers "besonders gut".⁹ Andererseits traten Kosakenführer und -organisationen auch für einen Friedensprozeß im Nordkaukasus ein.¹⁰ Einige Kenner der Region wie der Nationalitätenpolitiker Abdulatipow und die Regierungen der nationalen Republiken im Nordkaukasus, insbesondere der inguschische Präsident Auschew, warnten Moskau eindringlich davor, die "Kosakenkarte" zu spielen und damit einen ethnokulturellen Kernkonflikt in der Geschichte russischer Kolonisation, den Gegensatz zwischen Kosaken und "gorzy" (Bergvölker) zu reaktivieren.

Am 13. Februar 1997 nahm Präsident Jelzin per Ukaz Kosakenverbände am Terek, in Transbaikalien und in Sibirien "in den Staatsdienst", ordnete sie staatlichen Strukturen wie dem Grenzschutz, dem Verteidigungsministerium und dem Innenministerium zu und billigte ihre Ausstattung mit Waffen der betreffenden Streitkräfte.¹¹ Dabei sind die Kosaken im Nordkaukasus Konfliktpartei bei Gebietsstreitigkeiten. Terek-Kosaken stellen territoriale Revisionsforderungen gegenüber der tschetschenischen Republik: Sie betreffen zwei Bezirke, den Naurskij und den Schelkowskoj Rayon, am linken Ufer des Terek, die 1957 aus Stawropol an die gerade restituierte Tschetscheno-Inguschische ASSR übertragen worden waren. Angeblich 23% des Stawropoler Territoriums wurden aus Sicht der Terek-Kosaken damals an die deportierten und dann repatriierten Nachbarn "verschenkt" und werden heute zurückgefordert. Diese Forderung wird durch einen Schutzanspruch für die im "islamischen Tschetschenien" noch verbliebene russische Bevölkerung untermauert, obwohl dieser Anspruch durch die Verringerung dieses Bevölkerungsteils nach 1991 geschwächt wurde. Der Ataman des Heeres der Terek-Kosaken, Wladimir Schewzow, versuchte durch die Ausrufung des Notstands auf dem Territorium seiner Kosakenformation, Moskau zu Aktivitäten zwecks Revision der Gebietsverhältnisse zu zwingen. Andererseits richtete im März 1997 die Führung des Terek-Kosakentums eine Einladung an den tschetschenischen Präsidenten Maschadow zur Diskussion "über den weiten Kreis von Fragen, die mit einer Stabilisierung der Situation im Nordkaukasus, mit gemeinsam zu erarbeitenden Methoden der Terrorismusbekämpfung, der Regulierung der Beziehungen zu den auf tschetschenischem Territorium lebenden Kosaken verbunden sind".¹²

Umstrittene Republik- und Gebietsgrenzen innerhalb der Rußländischen Föderation

Zu den inneren Grenzproblemen Rußlands gehören territoriale Streitfragen zwischen den Föderationssubjekten. Unter den weit über hundert territorialen Konflikten, die innerhalb der zerfallenden Sowjetunion zu Beginn der neunziger Jahre von einer Studiengruppe des Moskauer Instituts für Geographie – freilich auf sehr unterschiedlichen Ebenen der Konfliktintensität, -aktualität und -publizität – registriert worden waren, betraf ein Teil die nationalen und administrativen Gebietseinheiten der ehemaligen RSFSR und der heutigen Rußländischen Föderation. So erhob die heutige Republik Karelien zum Zeitpunkt dieser Erfassung von Territorialkonflikten Anspruch auf einen Teil von Murmansk, bestanden gegenseitige territoriale Präventionen zwischen den heutigen Republiken Tatarstan und Baschkortostan, Ansprüche Baschkortostans auf Teile des Gebiets von Tscheljabinsk, Ansprüche der Republik Tywa (Tuwa) auf Gebietsteile Krasnojarsks und Gorno-Altajs, Vereinigungsbestrebungen der burjatischen Republik mit dem autonomen burjatischen Kreis von Aginskoje im Gebiet Tschita sowie Ansprüche der Republik Jakutien (Sacha) gegenüber dem Gebiet Magadan. Die meisten dieser territorialen Revisionsbestrebungen haben sich nicht zu akuten Konflikten entwickelt. Höchst akut bleiben hingegen solche Streitigkeiten wiederum im Nordkaukasus. So ist der Konflikt zwischen Osseten und Inguschen um den Distrikt Prigorodnyj bei Wladikawkas noch weit von einer Lösung entfernt. Er betrifft das

⁹ Interfax 16. und 17.4.1996. Siehe auch Izwestija vom 4.4.1996, S. 1 über ein "Kosakenbataillon Jermolow" bei der Offensive der Bundestruppen gegen Grosny im Frühjahr 1995.

¹⁰ Zur russischen Kosakenpolitik insgesamt siehe Udo Gehrmann, Rußlands "neue" Kosakenpolitik, in: Osteuropa, 6, 1996, S. 548-564.

¹¹ Segodnja, 13.2.1997, S. 2.

¹² Segodnja, 18.3.1997, S. 3.

gegenseitige Verhältnis zwischen den beiden Föderationsrepubliken Nordossetien und Inguschien und hat ein Flücht

lingsproblem aufgeworfen, das auf die Gesamtsituation in der nordkaukasischen Krisenregion einwirkt. Im Herbst 1992 führte der Streit um den winzigen Gebietsteil, der nach der Deportation der Inguschen 1944 Nordossetien zugeschlagen worden war und von Inguschien – verstärkt nach den neuen Gesetzen Rußlands über die Rehabilitation repressierter Völker – zurückgefordert wurde, zu einer blutigen Kollision zwischen der in Nordossetien lebenden inguschischen Minderheit und ossetischen Milizen, die von Sicherheitskräften Rußlands unterstützt wurden. Dabei waren 474 Todesopfer zu beklagen; Zigtausende Inguschen wurden vertrieben. Unter Vermittlung Moskaus trafen die Konfliktseiten 1995 die Vereinbarung, daß Nordossetien den geflohenen Inguschen die Rückkehr ermöglicht und Inguschien dafür auf seine Gebietsansprüche in der Region von Prigorodnyj verzichtet. Bislang hält sich keine der beiden Seiten an die Vereinbarung. Inguschien hat Ende 1995 eine neue Verfassung verabschiedet, in der das umstrittene Gebiet als Teil seines Staatsterritoriums ausgewiesen wird, Nordossetien hat die Rückkehr der Flüchtlinge bisher nicht ermöglicht. 1996 lebten noch 47.000 Flüchtlinge aus Prigorodnyj in Inguschien. Moskau ist an einer resoluten Lösung dieses Konflikts wahrscheinlich nicht interessiert. Dazu der inguschische Präsident Auschew: "Für Rußland ist es doch sehr angenehm, wenn zwei Präsidenten – der ossetische und der inguschische – in Moskau antichambrieren".¹³

Ob Moskau allerdings das Instrument des "divide et impera" in Hinsicht auf potentielle oder evidente Gebietskonflikte zwischen den Föderationssubjekten generell für die Wahrung der territorialen Integrität Rußlands einsetzen sollte, ist wohl mehr als fraglich, hat man doch insbesondere mit der hochgradigen Entzündbarkeit ethnoterritorialer Konflikte im Kaukasus schlimme Erfahrung sammeln müssen.

Uwe Halbach

¹³ FAZ, 1.4.1997, S. 7.